

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 31, Dezember 2010

Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland – Ursachen, Folgen und der Einfluss des Wohlfahrtsstaates

Adina Eggert

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 31, Dezember 2010

Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland – Ursachen, Folgen und der Einfluss des Wohlfahrtsstaates

Adina Eggert

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Der deutsche Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich	2
2.1	Das liberale Wohlfahrtsregime und der Prototyp USA	2
2.2	Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime und der Prototyp Schweden	7
2.3	Das konservative Wohlfahrtsregime und der Prototyp Deutschland	12
3.	Kinderarmut im Spiegel der Sozialpolitik	18
4.	Kinderarmut als familienpolitische Herausforderung.....	23
5.	Fazit und Ausblick	29
	Literaturverzeichnis	30

Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland

– Ursachen, Folgen und der Einfluss des Wohlfahrtsstaates

1. Einleitung

Obwohl Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt gehört, ist die Armut von Kindern hierzulande keine Seltenheit, sondern beeinflusst immer häufiger den Alltag vieler Kinder, vor allem wenn sie bei bildungsfernen Eltern, Alleinerziehenden sowie in Familien mit Migrationshintergrund aufwachsen. Auch der Blick über die Ländergrenze hinaus macht deutlich, dass die Bundesrepublik Kinder sowie Jugendliche nur mittelmäßig vor Armut schützt. Verglichen mit den meisten Industriestaaten, steigt die Rate der Kinderarmut in der Bundesrepublik am stärksten und hat sich in den alten Bundesländern gegenüber 1989 sogar mehr als verdoppelt (vgl. UNICEF 2005: 25).

Die in diesem Zusammenhang diskutierte Armut von Kinder und Jugendlichen ist überwiegend eine relative Armut, die anders als die absolute Armut die Betroffenen nicht direkt existenziell gefährdet, sie jedoch in ihren Lebensweisen und Entwicklungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt. Anders als die lebensbedrohliche absolute Armut, welche von der Weltbank durch eine lokale Kaufkraft von 1,25 US Dollar pro Tag definiert wird und vornehmlich in den unterentwickelten Ländern dieser Welt auftritt, stellt die relative Armut die beschränkten Lebenschancen der Betroffenen im Verhältnis zum Wohlstand der jeweiligen Gesellschaft dar. Somit ist die relative Armut eine Form der sozialen Ungleichheit und definiert Erwachsene oder Kinder in Industrieländern als arm, wenn sie in Haushalten leben, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. Als armutsgefährdet hingegen gelten entsprechend Haushalte, die über weniger als 60 Prozent verfügen. Dass Kinder in Industrieländern nicht unter den gleichen Entbehrungen wie ihre Altersgenossen in den Entwicklungsländern leiden, schränkt jedoch die Bedeutung ihrer individuellen Armutsgefährdung nicht ein. Denn gerade in wohlhabenden Gesellschaften wie Deutschland ist Armut ein Stigma: Sie führt zu einer geringeren sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe und zeichnet sich durch eine eingeschränkte materielle Grundversorgung, verminderten Bildungschancen sowie schlechter Gesundheitsversorgung aus; es mangelt an Erziehung, fehlendem Zugang zum Arbeitsmarkt und schlechter Wohnqualität. Somit ist Armut in Deutschland mit sozialer Ausgrenzung

sowie Benachteiligung verbunden und wirkt sich negativ auf die Lebenschancen von Kindern und damit auf die Zukunft einer Gesellschaft aus.

2. Der deutsche Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich

Ein Ländervergleich der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Staaten zeigt auf, dass der Anteil der Kinder, welche in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb des Einkommensmittelwertes leben, in den skandinavischen Ländern mit weniger als fünf Prozent am geringsten ist, während sich am entgegengesetzten Ende der Skale die USA mit einer Kinderarmutsquote von über 20 Prozent befinden. Deutschland liegt im OECD-Vergleich zwischen den beiden Extremen (vgl. UNICEF 2005: 4). Demgemäß werden Kinder hierzulande nur mittelmäßig vor Armut geschützt, was Anlass gibt, die Ursachen sowie Maßnahmen zu untersuchen, die in den Ländern zu unterschiedlichen Armutsraten führen. Als Grundlage für den Ländervergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Schweden und den USA dient die Klassifikation der Wohlfahrtsstaaten nach Gøsta Esping-Andersen. Als Repräsentanten eines je unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Typus werden die Länder vor dem Hintergrund der jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung in ihren staatlichen Sozialleistungen, ihrer Familienpolitik und den Arbeitsmarktbedingungen voneinander unterschieden, um darauf aufbauend zu prüfen, welche Faktoren Kinderarmut begünstigen und welche sozialpolitischen Maßnahmen sowie Faktoren entscheidend für die Reduzierung der Kinderarmut sind.

2.1 Das liberale Wohlfahrtsregime und der Prototyp USA

Die USA stellen im OECD-Ländervergleich das Land mit der höchsten Kinderarmutsquote dar¹. Mit 21,7 Prozent ist der Anteil der in Armut lebenden Kinder doppelt so hoch wie der Durchschnitt in den übrigen Industrienationen (vgl. UNICEF 2005: 4). Gemäß Esping-Andersens Typologie gelten die USA als Prototyp des liberalen Wohlfahrtsregimes, in welchem die Rolle des freien Marktes und der Familie sowie die individuelle Verantwortung und Vorsorge betont werden. Der Grad der Stratifizierung wie auch die Effekte der De-Kommodifizierung sind in den angelsächsischen Ländern schwach ausgeprägt. Für die USA beträgt der Gesamtindex der De-Kommodifizierung

¹ Mexiko wird als Schwellenland in dem Ländervergleich nicht miteinbezogen.

lediglich 13,8, was verglichen mit dem länderdurchschnittlichen Gesamtindex in Höhe von 27,2 bedeutet, dass die Unterstützungsleistungen sehr gering ausfallen und es in den USA für die Individuen sehr schwierig ist, ohne Markteinkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (vgl. Esping-Andersen 1990: 50ff.). Nach dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit wird in den USA die individuelle Existenzsicherung auf dem freien Markt gefördert, das heißt der Erfolg von Individuen hängt im liberalen Wohlfahrtsstaat von den persönlichen Anstrengungen sowie Fähigkeiten ab, die letztlich über die Einkommenshöhe entscheiden. Der enge Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen spiegelt somit die amerikanische Ideologie der Leistungsgesellschaft wider und ruft starke Einkommensungleichheiten hervor. Gegenüber Schweden und Deutschland betragen die Einkommensdifferenzen zwischen Gering- und Höherqualifizierten mehr als das Doppelte, was auf den deregulierten US-amerikanischen Arbeitsmarkt zurückzuführen ist und folglich für Geringqualifizierte das Armutsrisiko erheblich erhöht, wodurch Kinder, die in bildungsfernen Familien aufwachsen, in den USA ein höheres Armutsrisiko tragen als in anderen Ländern. 2008 leben 85 Prozent der von Armut bedrohten Kinder in Familien, in denen keines der Elternteile über einen Highschool-Abschluss verfügt. Kann zumindest ein Elternteil einen vergleichbaren Abschluss aufweisen, reduziert sich der Anteil auf 60 Prozent, während sich die Anzahl der Kinder infolge der elterlichen Hochschulbildung auf ein Viertel minimiert (vgl. NCCP 2009: 10ff.). Dass Kinder aus bildungsfernen Familien ein höheres Risiko der Armutsbetroffenheit tragen, liegt vor allem daran, dass ein Großteil der Eltern infolge ihrer Geringqualifizierung ein nur geringes Erwerbseinkommen aus ihrer Beschäftigung im Niedriglohnssektor bezieht. Anlässlich der geringen staatlichen Unterstützungsleistungen erhöht sich für die US-Amerikaner der Druck, auch gering entlohnte Arbeit anzunehmen, um letztlich nicht in die Arbeitslosigkeit und damit in die Armutsbetroffenheit zu geraten. Zwar liegt die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten knapp über dem OECD-Mittel von rund neun Prozent, allerdings sind Bildungsferne in den USA mit circa 10 Prozent weitaus seltener erwerbslos als in der Bundesrepublik (16,5%). Damit wird aufgezeigt, dass zwar eine unzureichende Bildung in den USA seltener als beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland in die Arbeitslosigkeit führt, sie aber infolge von nur gering entlohnten Tätigkeiten das Armutsrisiko stärker erhöht als in anderen Ländern (OECD 2010a: 114f). Diese Diskrepanz ist vor allem auf den unterschiedlichen Umfang staatlicher Leistungen zurückzuführen. Soziale Anspruchsrechte sind in den USA

niedrig und staatliche Unterstützung erfolgt gezielt, größtenteils in Verbindung mit individuellen Bedarfsprüfungen. In diesem Kontext ist die Umverteilung nur mittelmäßig und die soziale Ungleichheit hoch (vgl. Esping-Andersen 1998: 43). Da die Arbeitslosenunterstützung in den USA auf geringem Niveau erfolgt und nur für kurze Zeit gezahlt wird, zählt die Erwerbslosigkeit in den USA zu den Hauptursachen von Armut. Indem 2008 der Anteil arbeitsloser Personen an der armen Bevölkerung 43 Prozent beträgt, ist bei knapp jeder zweiten Person die Armut auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen (vgl. DeNavas-Walt et al. 2009: 16).

Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit der Eltern wirkt sich zudem die Familienform als ein entscheidender Einflussfaktor auf die Armutsbetroffenheit der Kinder aus. Wie die Ergebnisse einer OECD-Untersuchung aufzeigen, steigt die Armutsbetroffenheit von Kindern, die in Zwei-Elternfamilien aufwachsen, von 6 auf 27 Prozent an, wenn eines der Elternteile den Arbeitsplatz verliert. Sind sowohl Mutter als auch Vater erwerbslos, gelten sogar 82 Prozent der Kinder als arm. Das größte Risiko der Armutsbetroffenheit tragen allerdings Kinder und Jugendliche in Ein-Elternhaushalten, in denen die alleinerziehende Mutter bzw. der alleinerziehende Vater erwerbslos ist, da dieser Lebensumstand bei 92 Prozent der Kinder zur Armut führt (vgl. OECD 2008: 138). Der OECD-Ländervergleich zeigt, dass die Erwerbslosigkeit der Eltern bei Kindern in den USA nicht nur häufiger zur Armut führt als in anderen Ländern, sondern zudem die Haushaltsform, in welcher Kinder aufwachsen, den stärksten Einfluss auf die Armutsbetroffenheit hat. Gegenüber Schweden und der Bundesrepublik weisen die USA diesbezüglich die stärksten Schwankungen auf. Obwohl die USA mit dem Erwerbsverhalten von Alleinerziehenden im Ländervergleich deutlich hervorstechen, indem über 80 Prozent der Alleinerziehenden, die größtenteils weiblich sind, auf Vollzeitbasis arbeiten, weisen Alleinerziehende ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko auf. Dass dennoch jedes dritte Kind in diesem Kontext von Armut betroffen ist, hängt vor allem damit zusammen, dass in den USA, anders als in Europa, Alleinerziehende infolge von Scheidungen stärker in den unteren Schichten konzentriert sind und somit das Armutsrisiko durch Geringqualifizierung oder Erwerbslosigkeit zusätzlich vergrößert wird (vgl. Esping-Andersen 2009: 119). Da in den USA zudem der Anteil Alleinerziehender an allen Haushalten mit Kindern mehr als ein Viertel beträgt, lässt sich die hohe Kinderarmutsquote vor allem durch die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Alleinerziehendenhaushalten erklären (vgl. OECD Family Database 2010d: 5). Zudem lässt sich die hohe Armutsbetroffenheit auf die

ungleiche Lohnstruktur des Landes zurückführen. Zwar bietet der Staat alleinerziehenden Müttern Unterstützung in Form von Sozialhilfe an, jedoch ist der Bezug dieser Leistungen zeitlich begrenzt und an strenge Aktivierungsaufgaben gekoppelt, um somit den Druck auch für die Aufnahme von gering entlohnter Arbeit zu erhöhen. Durch verschiedene Formen von Sanktionen, die über Sozialhilferegulungen - größtenteils in Form von Leistungskürzungen - erfolgen, versucht der Staat Mütter und vor allem SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt zu integrieren (vgl. Woods 2004: 216). Weiterhin werden Arbeitsanreize durch Steuererleichterungen für Kinderbetreuungskosten gegeben. Da diese Kosten allgemein recht hoch sind, stellen sie für amerikanische Geringverdiener bzw. Alleinerziehende nicht selten eine finanzielle Belastung dar, was sich in der hohen Erwerbsbeteiligung von Müttern widerspiegelt. Sowohl in Paarhaushalten als auch in Alleinerziehendenhaushalten ist der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Mütter sehr hoch. Es dominiert demzufolge das Zwei-Verdienermodell. Dass die Mehrheit der Frauen in den USA einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht, hängt größtenteils damit zusammen, dass die Beschäftigung auf Teilzeitbasis mit starken Einkommensungleichheiten, das heißt mit weitaus weniger Einkommen und Zuschüssen vom Staat sowie höheren Risiken des Arbeitsplatzverlustes, verbunden ist. Dadurch, dass Frauen auf dieser Basis nur etwa 60 Prozent des durchschnittlichen Stundenverdienstes erhalten, werden Anreize für eine Vollzeiterwerbstätigkeit gegeben, aber auch ein höheres Maß an Aufwärtsmobilität geboten als in vielen europäischen Ländern. Das ohnehin schon sehr eingeschränkte Angebot sozialer Sicherung sowie betrieblicher Sozialpolitik setzt im Allgemeinen eine Beschäftigung in Vollzeit voraus (vgl. Ostner 1998: 235f.). Somit stellt die weibliche Vollzeitbeschäftigung in den USA eine finanzielle Notwendigkeit dar, was aber letztlich dazu geführt hat, dass sich Frauen in männerdominierten Berufen sowie in Spitzenpositionen vorarbeiten konnten; sogar geschlechtsspezifische Status- und Einkommensunterschiede wurden vereinzelt reduziert. Einen entscheidenden Einfluss auf die hohe Frauenerwerbsquote haben vor allem die Unternehmen, die anders als in vielen anderen Ländern, die Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützen, indem sie vermehrt Frauen beschäftigen. Ein wesentlicher Grund für die vermehrte Bereitschaft von Unternehmen Frauen einzustellen ist, dass eine Schwangerschaft und die Geburt von Kindern keine Ausnahmeregelungen voraussetzen. Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die US-amerikanischen Frauen vom Staat kaum finanziell unterstützt werden und hinsichtlich der Kinderbetreuung größtenteils auf sich selbst

gestellt sind, sie aber dennoch durchschnittlich mehr Kinder bekommen als deutsche Frauen. So hat die Ausdehnung der weiblichen (Vollzeit-) Beschäftigung in Kombination mit der die USA kennzeichnende Passivität des Staates erstaunlicherweise nicht die Geburtenrate des Landes beeinträchtigt (vgl. ebd.: 236).

Indem in den USA Armut besonders stark mit Bildung und der Haushaltsform korreliert, tragen insbesondere Migrantenkinder ein hohes Armutsrisiko, da die Kombination von unzureichender Bildung und instabilen Familienverhältnissen vor allem unter den Migranten vorzufinden ist und Kinder mit Migrationshintergrund häufig bei Alleinerziehenden und bildungsfernen Eltern aufwachsen. Die Folge ist, dass knapp ein Viertel (23,6%) von den 35,7 Millionen Personen, die 2004 in den USA unterhalb der Armutsgrenzen leben, aus Immigrantenfamilien der ersten Generation stammen. Damit sind Personen mit Migrationshintergrund in den USA überproportional von Armut betroffen, da ihr Anteil an der armen Bevölkerung größer ist als ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung, der hingegen in etwa ein Sechstel beträgt (vgl. Rector 2006: 6). In ähnlicher Weise verhält es sich mit den Migrantenkindern der ersten Generation. Während ihr Anteil an allen in den USA lebenden Kindern rund 19 Prozent (18,9%) beträgt, steigt demgegenüber der Anteil auf 26 Prozent an, wenn es sich um alle in den USA lebenden Kindern handelt, die von Armut betroffen sind (vgl. ebd.: 12). Die hohe Armutsrate der Migranten wird in den USA vor allem durch den hohen Anteil der Hispanoamerikaner an der US-amerikanischen Bevölkerung erzeugt. Indem sie etwa neun Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, repräsentieren sie den Großteil der Migranten und sind gleichzeitig von allen Immigrantengruppen am häufigsten von Armut betroffen. Rund ein Drittel (32,9%) aller Immigrantenkinder, die in den USA unter der Armutsgrenze leben, sind hispanoamerikanische Kinder, was vor allem auf den Geringverdienst ihrer Eltern zurückzuführen ist. Denn nach der Auswertung des U.S. Census Bureau verdienen Hispano-Migranten gegenüber Personen ohne Migrationshintergrund durchschnittlich weniger als die Hälfte (vgl. ebd.: 16). In diesem Zusammenhang zählt das niedrige Bildungsniveau vieler Migrantengruppen zur Hauptursache des hohen Armutsrisikos. Demnach weisen mehr als die Hälfte (55%) der Hispano-Migranten in der ersten Generation keinen Abschluss auf, unter den schwarzen Migranten haben immerhin noch 17 Prozent Bildungsdefizite, während sich dieser Anteil unter den asiatischen und weißen Migranten auf 11 Prozent beläuft. Dass die Hispanoamerikaner von allen Immigrantengruppen diejenigen sind, die die geringste Bildung aufweisen, wird mit dem erheblich höheren Ausmaß der Armut begründet.

Damit stellt Bildung und Armut gerade bei den Hispanoamerikanern einen schwer zu durchbrechenden Kreislauf dar, mit der Folge, dass sich diese Defizite mit hoher Wahrscheinlichkeit in die nächsten Generationen übertragen (vgl. ebd.: 10). Des Weiteren ist die hohe Armutsbetroffenheit auf den hohen Anteil an Alleinerziehendenhaushalten zurückzuführen, welcher unter den Hispanoamerikanern besonders hoch ist. Mehr als jedes dritte Kind wächst nur bei einem Elternteil auf. Bei den Afroamerikanern steigt dieser Anteil sogar auf 65 Prozent an. Dagegen reduziert sich der Anteil bei den weißen Amerikanern auf 23 Prozent und bei den asiatischen Amerikanern auf 18 Prozent (vgl. ebd.: 21). Damit wird aufgezeigt, dass die Kinderarmut in dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsstaat USA aus der Interaktion von sozialen Ungleichheiten zwischen den „Ethnien“ und instabilen Familienverhältnissen sowie aus großer Ungleichheit von Bildung, Beschäftigung und Einkommen resultiert.

2.2 Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime und der Prototyp Schweden

Den Gegensatz zum liberalen Wohlfahrtsstaat stellt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime dar, welches ein weitaus wirksameres System zur Vermeidung von Kinderarmut aufzeigt. In keinem der den sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus repräsentierenden Länder beträgt der Anteil der armen Kinder mehr als 5 Prozent (vgl. UNICEF 2005: 4). Ausschlaggebend für die geringen Armutsquoten sind die egalitäre Sozialpolitik und die hohen Sozialleistungen der Länder. Indem sich der sozialdemokratische Regimetypus durch Universalismus, hohen demokratischen Standards und einer sozialen Gerechtigkeit auszeichnet, werden allen Bürgern statusunabhängig dieselben Anrechte auf Sozialleistungen gewährt. In diesem Zusammenhang gilt Schweden als realtypischer Repräsentant des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes, welches sich weitgehend durch einen hohen Grad an De-Kommodifizierung repräsentiert. Gemäß Esping-Andersens Berechnung ergibt sich für Schweden ein Gesamt-De-kommodifizierungs-Index von 39,1. Mit diesem Spitzenwert bildet Schweden den Gegenpol zu den USA (13,8), was bedeutet, dass der Schutz vor sozialen Risiken weniger über den Markt und vielmehr über den Staat geregelt ist (vgl. Esping-Andersen 1990: 50ff.). Indem der Staat für die Produktion gesellschaftlicher Wohlfahrt zuständig ist, werden die Bürger vor marktbedingten Risiken geschützt mit der Folge, dass 2010 der Anteil der Geringqualifizierten an der armen Bevölkerung nur elf Prozent beträgt und gegenüber den Hochschulabsolventen (8%) und den Personen

mit einem mittleren Bildungsabschluss (9%) nur geringfügig ansteigt (vgl. EUROSTAT 2010: 41). Im europäischen Ländervergleich haben Geringqualifizierte in Schweden neben den Niederlanden das geringste Armutsrisiko (EU-27 Durchschnitt: 23%), was vor allem auf die geringe Lohndifferenzierungen nach dem Bildungsabschluss sowie auf steuerliche Vergünstigungen von Geringverdienern zurückzuführen ist. Durch das staatliche Unterstützungssystem werden Arbeitsanreize auch für gering entlohnte Tätigkeiten geschaffen, wodurch der Arbeitslosenanteil 2007 selbst im unteren Bildungsbereich mit sieben Prozent unter dem OECD-Mittel (9%) liegt und somit der Abstand zwischen der Erwerbslosenquote von Geringqualifizierten und Höherqualifizierten (2%) gegenüber Deutschland und den USA relativ gering ausfällt. Zwar tragen Geringqualifizierte auch in Schweden ein erhöhtes Risiko der Armutsbetroffenheit, indem das Armutsrisiko von Personen beim Arbeitsplatzverlust auf 26 Prozent ansteigt, allerdings liegen die Schweden damit noch immer weit unter dem Länderdurchschnitt (EU-27 Durchschnitt: 43%) (vgl. EUROSTAT 2010: 41).

Ebenso vergleichsweise geringe Schwankungen zeigt die Kinderarmutsquote unter dem Einfluss der Familienkonstellation auf. Indem 2005 nur sechs Prozent der Alleinerziehenden und ihre Kinder unterhalb der Armutsgrenze leben, erreicht Schweden im internationalen Vergleich einen Spitzenwert und liegt damit weit unter dem OECD-Mittel von 21 Prozent. Zwar ist die Armutsquote in Schweden wie auch in den meisten anderen Ländern am höchsten, wenn beide Elternteile arbeitslos sind, aber erneut liegt diese mit 36 Prozent weit unter dem OECD-Länderdurchschnitt (48%). Leben Kinder in Zwei-Elternfamilien, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist, reduziert sich der Anteil auf weniger als die Hälfte (14%). Im Unterschied zu vielen anderen Ländern stellen Alleinerziehende im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime keine Risikogruppe dar. Selbst dann, wenn das alleinerziehende Elternteil erwerbslos ist, gelten weniger als ein Fünftel der Kinder (18%) als arm, während im OECD-Länderdurchschnitt jedes zweite Kind unter diesen Umständen von Armut betroffen ist (54%) (vgl. OECD 2008: 138). Somit tragen schwedische Kinder, die in Ein-Elternfamilien aufwachsen, selbst dann, wenn die Mutter oder der Vater erwerbslos ist, noch immer ein geringeres Armutsrisiko als Kinder in Deutschland und den USA, deren alleinerziehendes Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht, was vorrangig auf die effektiven Sozialleistungen und den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen zurückzuführen ist, durch welche die finanziellen Belastungen zwischen den verschiedenen Familientypen ausgeglichen werden. Dass Alleinerziehende nicht, wie in

vielen anderen Ländern, zur Risikogruppe zählen, ist neben den effektiven Sozialleistungen vor allem auf die aktive Arbeitspolitik und den guten außerfamiliären Kinderbetreuungsmöglichkeiten zurückzuführen, wodurch eine hohe Frauenerwerbstätigkeit gefördert wird mit der Folge, dass rund 80 Prozent einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wobei sogar ein Dreiviertel der Mütter (oder Väter) auf Vollzeitbasis arbeitet (vgl. Database 2010b:1). Durch den hohen De-Familisierungsgrad im sozialdemokratischen Regime sind selbst Alleinerziehende in der Lage durch eine Erwerbstätigkeit den Familienunterhalt zu sichern. Durch die Bereitstellung eines umfassenden Angebots an sozialen Dienstleistungen fördert der Staat die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sowie die Integration vieler Menschen in die Erwerbsarbeit. Indem der Großteil der Frauen im Dienstleistungsbereich beschäftigt ist, welcher mit einem hohen Maß an Flexibilität und Sicherheit assoziiert wird, und somit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, bezieht sich die Chancengleichheit in Schweden vornehmlich auf den hohen Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung und weniger auf die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Indem Frauen im Bereich der sozialen Dienstleistung überproportional konzentriert sind, werden neue Ungleichheiten geschaffen und somit die Kehrseite der erfolgreichen Integration von Frauen in die Erwerbstätigkeit aufgezeigt. Denn die hohe Frauenerwerbstätigkeit geht in Schweden mit einer starken geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes einher, ohne die nach Einschätzung Esping-Andersens die Erwerbstätigkeit von Müttern bei gleichzeitig relativ hohem Geburtenverhalten nicht in dem hohen Maße realisierbar wäre: „We can abstractly imagine a world in which women begin to embrace the typical male circle model, lock, stock, and barrel. In this world there would be almost no children” (2002: 95). Grundlage der hohen Frauenerwerbstätigkeit ist somit der stark ausgebaute staatliche Sektor sozialer Dienstleistungen, der deutlich größer ist als in der Bundesrepublik und den USA. Zudem kennzeichnet sich der schwedische Arbeitsmarkt durch eine schnelle Rückkehr von Müttern in das Berufsleben. Größtenteils wird die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit in Schweden, zumindest vorübergehend, über die Teilzeitbeschäftigung der Frauen realisiert. Indem der finanzielle Ausgleich über das Einkommen des Partners bzw. des Kindesvaters sowie staatlichen Transferleistungen erfolgt, stellt die Erwerbstätigkeit auf Teilzeitbasis eher selten ein Risiko der Armutsbetroffenheit von Frauen und Kindern dar. Durch die unterstützende Politik und dem öffentlich zugänglichen Betreuungssystem wird somit

die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit unterstützt und die Zwei-Verdienerfamilie realisiert, was wiederum entscheidend zur geringen Armutsquote beiträgt (vgl. Kreyenfeld 2004: 3). Denn sind beide Elternteile erwerbstätig, wird das Armutsrisiko in Schweden auf das Minimalste reduziert. In über 70 Prozent der Familien mit Kindern (0-14 Jahre) sind sowohl die Mutter als auch der Vater erwerbstätig, wobei in etwa 40 Prozent der Fälle beide Elternteile vollzeiterwerbstätig sind und der Anteil der Haushalte, in denen eines der Elternteile vollzeiterwerbstätig ist, während der Partner (welcher größtenteils die Mutter ist) auf Teilzeitbasis arbeitet, mehr als 30 Prozent beträgt (vgl. OECD Database 2010c: 2). Dass Eltern auch mit Kleinkindern weiterhin ihrer Berufstätigkeit nachgehen können, wird ermöglicht durch ein öffentliches System der Unterstützung, welches eine umfassende staatlich subventionierte Kinderbetreuung und die Freistellung von Erwerbsarbeit mit Lohnersatzleistungen in den ersten Monaten nach der Geburt des Kindes einschließt und dafür sorgt, dass Familien mit Kindern finanziell entlastet werden. Nach Einschätzung von Matthies besteht das Ziel der nordischen Länder darin, „dass die durch die Kinder entstehenden Kosten bis zu einem gewissen Grad innerhalb der Gesellschaft zwischen Haushalten mit und ohne Kinder ausgeglichen werden müssen“ (Matthies 2005: 56). Die Folgen sind eine geringe soziale Ungleichheit und geringe Armutsrisikoquoten. Allerdings setzt das umfassende Angebot an staatlichen Leistungen eine hohe Besteuerung der Einkommen voraus, denn der Wohlfahrtsstaat wird in den skandinavischen Ländern größtenteils über die Steuern finanziert (vgl. Pfau-Effinger 2001: 281). Die steuerliche Belastung liegt deutlich über der in Deutschland und den USA, wird jedoch durch die zur Verfügung gestellten Leistungen in Schweden gerechtfertigt. Vor allem durch die öffentlich finanzierte Kinderbetreuungsinfrastruktur wird der Entstehung von Armut und Ungleichheit entgegengewirkt, indem alle Kinder den gleichen Zugang zur Bildung erhalten. Insbesondere durch das dezentralisierende Bildungssystem ermöglicht Schweden allen Schülern die Chance auf gleiche Bildung und integriert Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in das schwedische Schulsystem mit bilingualer Sprachförderung. In diesem Zusammenhang weist Schweden den programmatisch besten Ansatz zur Integration von Migranten auf. Mit Hilfe des Integrationsindex „MIPeX“ (Migrant Integration Policy Index), der die Integrationsleistungen europäischer Länder abbildet, konnte Schweden hinsichtlich seiner Maßnahmen der Integrationspolitik in allen untersuchten Bereichen (Antidiskriminierung, Zugang zum Arbeitsmarkt, politische Partizipation, Zugang zur

Staatsbürgerschaft, Familienzusammenführung, langfristiger Aufenthalt) am besten abschneiden (vgl. Niessen et al. 2007: 170). Dennoch wird die schwedische Politik in Bezug auf die Durchsetzung der Integrationsmaßnahmen stets vor neuen Herausforderungen gestellt. Denn wie eine OECD-Untersuchung aufzeigt, weisen Jugendliche mit nicht-schwedischer Herkunft verglichen mit Jugendlichen ohne Migrationshintergrund durchschnittlich eine geringere Bildung auf. Vor allem wenn es um den Abschluss in der höheren Sekundarstufe geht, stellt das schwedische Bildungssystem insbesondere für Immigranten in der ersten Generation eine Herausforderung dar. Die Unterschiede im Bildungserwerb werden vorrangig durch den sozioökonomischen Hintergrund der Schüler und dem Sprechen einer anderen Muttersprache begründet. Trotz der egalitären schwedischen Politik sind Migranten gegenüber den Schweden ohne Migrationserfahrung häufiger von Armut betroffen. Nach Angaben des *Social Report 2010* steigt die Armutsbetroffenheit von Migranten, wenn sie außerhalb der EU geboren sind, dagegen reduziert sich der Anteil an der armen Bevölkerung, ist Schweden das Geburtsland (8% gegenüber 24%). Zwar fällt im Ländervergleich das Armutsrisiko von Migranten in Schweden insgesamt relativ gering aus, dennoch ist der Einfluss des Geburtslandes höher als in vielen andern Ländern (vgl. Lelkes 2007: 8). Dass Migranten und ihre Kinder ein höheres Risiko der Armutsbetroffenheit tragen, liegt unter anderem daran, dass die Erwerbsquoten von Zugewanderten durchschnittlich etwa 20 Prozent geringer sind als die der Einheimischen (67,4% gegenüber 87,5%). Ebenso weist die Beschäftigungsquote große Differenzen auf (74,4% gegenüber 58,5%). Dieser Unterschied ist im OECD-Ländervergleich sehr beträchtlich. In der OECD-Studie ist Dänemark das einzige Land, welches einen noch größeren Unterschied zwischen der Erwerbsbeteiligung von Immigranten und Einheimischen aufzeigt (vgl. Caritas Europe 2006: 105). Dass in Schweden Migranten zu den sozioökonomisch benachteiligten Gruppen zählen, ist vornehmlich auf die geringere Bildung, den nicht anerkannten Bildungszertifikaten sowie den unzureichenden Sprachkenntnissen zurückzuführen, wodurch sie ein geringeres Durchschnittseinkommen beziehen sowie ein höheres Arbeitslosenrisiko aufweisen. Somit stellt der Migrationshintergrund den größten Risikofaktor für Kinder in Schweden dar und führt häufiger zur Armutsbetroffenheit als das Aufwachsen mit Alleinerziehenden oder bildungsfernen Eltern, was vorort auf die weniger erfolgreiche Umsetzung vieler integrationspolitischer Maßnahmen zurückzuführen ist. Dennoch sind Migranten in Schweden besser integriert als in vielen anderen Ländern.

2.3 Das konservative Wohlfahrtsregime und der Prototyp Deutschland

Zwischen den liberalen und den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, die hinsichtlich ihrer Sozialpolitik kaum gegensätzlicher sein könnten, liegt das konservative („korporatistische“) Wohlfahrtsregime mit (West-) Deutschland als Prototyp, welches sich neben den anderen kontinentaleuropäischen Ländern durch mittelmäßige Kinderarmutsquoten auszeichnet. Mit einem Anteil in Armut lebender Kinder in Höhe von 10,2 Prozent liegt die Bundesrepublik nur im Mittelfeld und somit zwischen den beiden Extremen USA und Schweden (vgl. UNICEF 2005: 4). Der Staat greift im konservativen Wohlfahrtsregime zwar häufiger ein als im liberalen Modell, jedoch seltener als im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. Durch ein System allgemeiner sozialer Grundsicherung werden vor allem Geringverdiener, Nichterwerbspersonen und Arbeitslose finanziell unterstützt. Neben versicherungsbasierten Leistungen repräsentieren sich die konservativen Wohlfahrtsstaaten durch das „Subsidiaritätsprinzip“, was bedeutet, dass der Staat nur subsidiär Verantwortung übernimmt und im Bedarfsfall zunächst auf familiäre Hilfesysteme zurückgegriffen wird bevor eine staatliche Unterstützung erfolgt (vgl. Esping-Andersen 1998: 44). Indem die Bundesrepublik Deutschland in der Bismarck'schen Sozialversicherungstradition der Status-konservierenden Wohlfahrtslogik folgt, ist die Höhe der Sozialleistungen statusabhängig, das heißt, die dekommodifizierenden Leistungen des Wohlfahrtsstaates sind an Klasse und Status gebunden und hängen von den vorher geleisteten Beiträgen ab. Der Grad der De-Kommodifizierung erreicht in den konservativen Wohlfahrtsstaaten ein mittleres Niveau. Der zusammengefasste De-Kommodifizierungsindex beträgt in Deutschland 27,7 (vgl. Esping-Andersen 1990: 50ff.). Aufgrund der starken Stratifizierung ist das Ausmaß der vertikalen Umverteilung im konservativen Wohlfahrtsregime gering; die Sozialpolitik ist bestrebt, bestehende hierarchische Strukturen sozialer Ungleichheit zu erhalten und gleichzeitig soziale Stabilität zu sichern. Durch das mittlere Absicherungsniveau liegen die Einkommensungleichheiten sowie die Armutsquoten in Deutschland ländervergleichend im Mittelfeld. Gegenüber der amerikanischen Situation bestehen in der Bundesrepublik weniger gravierende Einkommensdifferenzen zwischen Hoch- und Geringqualifizierten, dennoch stärkere Ungleichheiten als in Schweden. Verglichen mit den USA und Schweden zeichnet sich die Bundesrepublik vor allem durch einen starken Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitslosigkeit aus. Da in Deutschland vornehmlich erworbene Bildungszertifikate über die Verteilung von

Arbeits- und Einkommenschancen entscheiden, stellen Bildungsdefizite ein hohes Armutsrisiko von Familien dar. Denn führen diese erst in die Arbeitslosigkeit, ist sogar jeder zweite Staatsbürger armutsgefährdet und damit mehr als im EU-Länderdurchschnitt (vgl. EUROSTAT 2010: 41). So sticht Deutschland im Ländervergleich bezüglich der untersuchten Korrelation zwischen Bildung und Arbeitslosigkeit hervor: Indem fast 17 Prozent und somit weit mehr als in den USA und sogar mehr als doppelt so viele Menschen wie im OECD-Länderdurchschnitt sowie in Schweden aufgrund ihrer mangelnden Bildung arbeitslos sind, besteht in Deutschland für Geringqualifizierte das höchste Arbeitslosenrisiko (vgl. OECD 2010a: 114f.). Im Jahr 2005 sind rund ein Viertel (26%) aller Arbeitslosen durch Männer und Frauen ohne Schulabschluss repräsentiert worden. Damit ist die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten fast dreimal höher als die Quote der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (9,7%) und sogar über sechsmal höher als die der Hochqualifizierten (4,1%) (vgl. Reinberg/ Hummel 2007: 1). Vor allem in den letzten Jahrzehnten ist diese Diskrepanz enorm angestiegen, wodurch aufgezeigt wird, dass es für Geringqualifizierte im Zuge der Globalisierung, des technologischen Wandels und des zunehmenden internationalen Wettbewerbs immer schwieriger wird, eine Arbeitsstelle zu finden. Selbst eine Erwerbstätigkeit schützt nicht mehr länger zwangsläufig vor Armut, wenn diese infolge einer geringen Bildung im Niedriglohnssektor ausgeführt wird. Allerdings bewahren Sozialtransfers Familien noch vor dem Schlimmsten, indem diese die Anzahl der Armutsgefährdeten in Deutschland auf die Hälfte reduziert (vgl. BMAS 2008: 24). Sind allerdings beide Elternteile infolge ihrer mangelnden Bildung erwerbslos und führt die Geringqualifizierung erst in die Langzeitarbeitslosigkeit, reichen die Gelder häufig nicht aus, um die Familie vor Armut zu bewahren. So ist die Armutsrisikoquote von arbeitslosen Personen in Deutschland mit 43 Prozent mehr als dreimal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung (13%) (vgl. ebd.: 82).

Vor allem Alleinerziehende tragen in Deutschland durch die doppelte Belastung von Familien- und Erwerbsarbeit ein hohes Arbeitslosenrisiko. Indem Alleinerziehende häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder nur ein geringes Einkommen aus ihrer Teilzeiterwerbstätigkeit beziehen, tragen die Familien ein enorm hohes Risiko der Hilfebedürftigkeit. Weit mehr als ein Drittel aller Frauen und Männer, die sich allein um die Erziehung ihrer Kinder kümmern, ist auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II angewiesen. Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) machen Alleinerziehende, bei denen es sich fast ausschließlich um Frauen handelt

(95%), über die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren im Grundsicherungssystem aus. Zudem hebt die Bundesagentur hervor, dass Alleinziehende eine überdurchschnittlich hohe Verweildauer aufweisen. Sie bleiben von allen Leistungsbeziehern am längsten in der Grundsicherung, da es für sie aufgrund ihrer doppelten Belastung von Familien- und Erwerbsarbeit am schwierigsten ist, die Hilfebedürftigkeit zu überwinden (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010: 40 ff.). Indem in Deutschland die Familie bei der Produktion sozialer Dienstleistungen eine zentrale Rolle spielt, ist der De-Familisierungsgrad sehr gering. Das heißt, die Betreuungsaufgaben bleiben größtenteils Angelegenheiten der Familie, was vor allem für Alleinerziehende ein Erwerbshindernis darstellt. Im konservativen Wohlfahrtsregime erweist sich die Frauenerwerbstätigkeit als wenig attraktiv. Demgemäß wird weiterhin das Ernährermodell gefördert, in welchem der Mann einer Vollzeitwerbstätigkeit mit entsprechenden Sozialleistungen nachgeht und damit die Familie ernährt, während sich die Frau höchstens als Zuverdienerin um die Erziehung der Kinder kümmert. Durch das Steuer- und Abgabensystem, wodurch kaum finanzielle Anreize zur Aufnahme einer (Vollzeit-) Beschäftigung bestehen, sowie dem unterentwickelten Ausbau der Kinderbetreuung, erweist sich die Vollzeitwerbstätigkeit der Frau als unattraktiv. Allerdings hat dieses Modell für immer mehr junge Menschen ausgedient, da infolge des gesellschaftlichen Wandels die klassische Familie mittlerweile durch viele andere Lebensformen ersetzt wurde. Dennoch sind die traditionellen Wertvorstellungen und die damit einhergehende Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, die mit diesem Ernährermodell korrespondieren, in der Gesellschaft weiterhin tief verankert, was nicht zuletzt mit den rechtlichen Regelungen und sozialpolitischen Maßnahmen zusammenhängt, die trotz vieler Modifizierungen noch immer zu traditionell ausgerichtet sind und Geschlechterungleichheiten fördern. In der Bundesrepublik Deutschland wird die traditionelle Rollenverteilung von Männern und Frauen durch staatliche Maßnahmen unterstützt. Neben dem Steuer- und Sozialversicherungssystem, einschließlich des Ehegatten-Splitting und der sozialen Absicherung über den Ehemann, tragen weitere Rahmenbedingungen, wie die Subventionierung von Familien über Transferleistungen, zur nicht gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Müttern am Arbeitsmarkt bei (vgl. Pinl 2003: 6). Diese Konditionen führen in Deutschland dazu, dass das Abweichen von der traditionellen Familienform für Kinder ein erhöhtes Armutsrisiko darstellt und Kinder von alleinerziehenden Müttern häufiger von Armut betroffen sind als andere.

Durch die Abwesenheit des Partners fehlt in den Ein-Elternfamilien der Familienernährer, der für die ökonomische Versorgung der Familie zuständig ist, was dazu führt, dass in der Bundesrepublik über 40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden ein Armutsrisiko tragen. Damit ist die Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein, für Kinder in Ein-Elternfamilien rund fünfmal höher als für Kinder, die in vollständigen Familien aufwachsen (vgl. Grabka/ Frick 2010: 8). Indem sich Deutschland durch eine zunehmende Pluralisierung von Familienformen kennzeichnet, liegt in dieser Entwicklung eine entscheidende Ursache für die steigende Armutsquote von Kindern. Aufgrund des Mangels an einem umfassenden und zeitlich flexiblen Angebot der Kinderbetreuung geht ein Großteil der weiblichen Alleinerziehenden (40%) nur einer Teilzeitbeschäftigung nach. Insbesondere, was die Vollzeiterwerbstätigkeit betrifft, schneidet die Bundesrepublik im Ländervergleich schlecht ab und liegt weit unter dem OECD-Mittel von rund 50 Prozent (vgl. Database 2010b:1). Während in den USA über 80 Prozent und in Schweden rund 60 Prozent Alleinerziehende auf Vollzeitbasis arbeiten, befindet sich in Deutschland nicht einmal jede/r Dritte/r in dieser Beschäftigungsstruktur. Somit ist trotz der Erwerbstätigkeit der Mutter (oder des Vaters) jedes vierte Kind in Deutschland arm, da die Erwerbsarbeit größtenteils nur eingeschränkt ausgeführt wird. Mit diesen Ergebnissen liegt Deutschland im OECD-Durchschnitt und befindet sich zwischen den Extremen USA und Schweden, was auf die mittlere soziale Sicherung Deutschlands zurückzuführen ist (vgl. OECD 2008: 138.) Dass Kinderarmut in der traditionellen Familienform, selbst wenn Frauen nicht erwerbstätig sind, seltener ein Problem darstellt, hängt mit der staatlichen Förderung des Ernährermodells zusammen. Indem sich in Deutschland nur knapp 15 Prozent der Familienhaushalte durch die Vollzeiterwerbstätigkeit beider Elternteile kennzeichnen, liegt die Bundesrepublik weit unter dem OECD-Länderdurchschnitt (40%) - im Vergleich dazu beträgt der Anteil in den USA über 70 Prozent und in Schweden über 40 Prozent. In etwa jeder dritten Familie ist nur ein Elternteil erwerbstätig, während sich die meisten Familien - rund 40 Prozent - in der Bundesrepublik durch das Ein-Einhalbverdienermodell auszeichnen (vgl. OECD Database 2010c: 2). Vor allem in Westdeutschland ist die Anzahl erwerbstätiger Frauen geringer als in vielen anderen Ländern, während unter den weiblichen Beschäftigten der Anteil derjenigen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, hoch ist. Hier spielt die außerfamiliäre Kinderbetreuung eine eher untergeordnete Rolle und „(...) wird weniger als ein Instrument zur Förderung zur Vereinbarkeit von ‚Kind und Beruf‘ verstanden,

sondern sie übernimmt vielmehr sozialisationsergänzende Funktionen in Form des halbtags geöffneten Kindergartens“ (Kreyenfeld 2004: 4 f.).

Neben den Bildungsfernen und Alleinerziehenden tragen in Deutschland vor allem Migranten ein hohes Armutsrisiko. Rund ein Viertel aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind 2007 von Armut bedroht, während sich der Anteil bei den Deutschen ohne Zuwanderungshintergrund dagegen auf knapp zehn Prozent und damit auf weniger als die Hälfte beläuft (vgl. Statistisches Bundesamt 2009a: 50). Eine besondere Herausforderung stellt der wachsende Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund in Deutschland dar, denn von den rund 20,5 Millionen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen stammt 2008 rund ein Viertel aus Familien mit Migrationhintergrund (vgl. Statistisches Bundesamt 2010: 48). Darunter ist bereits jedes dritte Kind (33%) armutsgefährdet, während sich der Anteil von Kindern und Jugendlichen ohne Zuwanderungshintergrund auf weniger als die Hälfte beläuft (14%) (vgl. ebd.: 141). Die höheren Armutsrisikoquoten von Kindern mit nicht-deutscher Herkunft sind vor allem auf die geringeren Qualifikationen und den höheren Arbeitslosenanteil ihrer Eltern zurückzuführen. Dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger erwerbslos sind und vermehrt in weniger qualifizierten Tätigkeitsfeldern arbeiten, liegt vor allem an den niedrigeren Schul- und Berufsabschlüssen, wodurch ihnen häufig der berufliche Aufstieg und somit der Zugang zu einem höheren Einkommen verschlossen bleibt (vgl. Beauftragte der Bundesregierung 2010: 217). Hinsichtlich der schulischen wie beruflichen Bildung unterscheiden sich junge Erwachsene mit Migrationshintergrund deutlich von denen deutscher Herkunft. Verglichen mit Personen ohne Migrationshintergrund ist das Bildungsniveau von Migranten sowohl bei den allgemeinen Schul- als auch bei den beruflichen Bildungsabschlüssen weitaus niedriger; sie sind an Hauptschulen überrepräsentiert, besuchen weitaus seltener das Gymnasium und brechen zweimal häufiger die Schule ab (vgl. Beauftragte der Bundesregierung 2010: 87). Schließlich erweist sich der Übergang in eine Berufsausbildung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund als besonders schwierig und langwierig, was sich daran zeigt, dass beinahe jede/r Vierte bei der Ausbildungsplatzsuche erfolglos bleibt. Zwar stellt der Übergangsprozess auch für Jugendliche ohne Zuwanderungshintergrund zunehmend eine Herausforderung dar, dennoch sind sie nach der Schule mit 15 Prozent weitaus seltener arbeitslos (vgl. ebd.: 114). Die Integration in eine qualifizierte Berufstätigkeit erweist sich vor allem dann als sehr schwierig, wenn keine abgeschlossene

Berufsausbildung oder kein Hochschulabschluss vorliegt. In Deutschland hat 2008 fast die Hälfte (47%)² der Personen mit Migrationshintergrund keinen beruflichen Abschluss, während dies für nur ein Fünftel der Deutschen ohne Zuwanderungshintergrund zutrifft (vgl. Statistische Bundesamt 2010: 8). Dass Personen mit Migrationshintergrund geringere Kompetenzen aufweisen und es dem deutschen Bildungssystem nur unzureichend gelingt, mit sozialer und ethnischer Vielfalt umzugehen, verdeutlichen die Befunde der PISA-Studie 2006. Die Auswertung zeigt, dass diese Jugendlichen deutlich schwächere Leistungen erzielen als die Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund und die Disparitäten unter anderem auf außerschulische Faktoren, wie dem sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilie, zurückzuführen sind (vgl. Prenzel 2007: 28). Denn nach wie vor ist in Deutschland der familiäre Hintergrund einer der entscheidendsten Einflussfaktoren, wenn es um die schulischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen geht. Indem Migranten das allgemein bildende Schulwesen durchschnittlich mit einer geringeren Zahl an Bildungsjahren sowie niedrigeren Bildungszertifikaten verlassen, haben sie entsprechende Nachteile auf dem Arbeitsmarkt, was sich in der hohen Arbeitslosenzahl der Personen mit Migrationshintergrund widerspiegelt. Denn gegenüber Personen ohne Zuwanderungshintergrund sind sie fast doppelt so häufig erwerbslos (vgl. ebd.: 238). Zudem nehmen Migranten häufiger gering bezahlte Arbeitsplätze ein und sind vermehrt auf unterster Hierarchiestufe konzentriert. 2008 waren von den erwerbstätigen Männern und Frauen mit Migrationshintergrund fast jede/r Zweite als Arbeiter oder Arbeiterin tätig ist, während unter den Deutschen ohne Zuwanderungshintergrund nur jede/r Vierte die Arbeiterposition einnahm (43% gegenüber 24%) (vgl. ebd.: 52). Infolge des eingeschränkten Zuganges zum Arbeitsmarkt bzw. ihrer Platzierung am Arbeitsmarkt, verdienen Migranten und Migrantinnen tendenziell weniger als Personen ohne Zuwanderungshintergrund. Die Ursachen für das geringere Haushaltseinkommen sind neben der höheren Konzentration in gering qualifizierten Tätigkeitsfeldern sowie der höheren Arbeitslosenquote auf den höheren Anteil an Nichterwerbspersonen zurückzuführen (25% gegenüber 18%) (vgl. ebd.: 238). Insbesondere zwischen den Frauen sind die Unterschiede bezüglich der Beteiligung am Erwerbsleben auffällig. Während 2008 rund 55 Prozent der Frauen mit nicht-deutscher Herkunft erwerbstätig waren, betrug dieser Anteil an den Frauen ohne Zuwanderungshintergrund knapp 70

² einschließlich der sich noch in einer Ausbildung Befindenden

Prozent. Hinzu kommt, dass in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der nicht-erwerbstätigen Frauen, die sich als Hausfrauen vermehrt mit der Erziehung der Kinder und der Pflege von Familienmitgliedern beschäftigen, höher ist als bei den Frauen ohne Migrationshintergrund (36% gegenüber 27%) (vgl. ebd.: 252 ff.), was nach Einschätzung von Färber et al. mitunter daran liegt, dass junge Frauen mit Migrationshintergrund häufig „eine ausgeprägtere Familienorientierung“ aufweisen als junge Frauen mit deutscher Herkunft (vgl. Färber et al. 2008: 42). Neben der eingeschränkteren Erwerbstätigkeit von Zuwanderinnen, den Bildungsdefiziten und unzureichenden Sprachkenntnissen sind auch die im Herkunftsland erworbene und in Deutschland nicht anerkannte Bildungszertifikate sowie Diskriminierungen für die schlechteren Arbeitsmarktchancen, dem geringeren Einkommen und dem erhöhten Armutsrisiko verantwortlich, was darauf schließen lässt, dass die Integration von Migranten nach wie vor in Deutschland stark verbesserungsbedürftig ist. Denn wie zahlreiche Untersuchungen belegen, wird Personen mit Migrationshintergrund der Zugang zu einem sicheren Arbeitsplatz erschwert, indem sie trotz der Kontrolle der Schulabschlüsse mit Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt belastet sind. Vor allem wird der Integrationsbedarf mit dem Blick auf die nachfolgenden Generationen sichtbar. Um der Verfestigung von sowohl Bildungs- als auch Einkommensarmut entgegenzuwirken, ist es für die Zukunft einer Gesellschaft, die sich durch eine schrumpfende und alternde deutsche Bevölkerung auszeichnet, erforderlich, Migrantenkindern bessere Voraussetzungen für eine Integration zu ermöglichen, die nur funktioniert, wenn die Lebenschancen nicht an die Herkunft gebunden sind. Damit wird die Notwendigkeit der Verbesserung von Rahmenbedingungen zur Förderung von Bildung und Qualifikation der Migranten aufgezeigt, um schließlich eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen und Chancengleichheit zu schaffen.

3. Kinderarmut im Spiegel der Sozialpolitik

Der Ländervergleich zeigt auf, dass Kinderarmut zwar bei allen drei Repräsentanten der verschiedenen Regimetypen aus problematischen Lebenslagen und eingeschränkten Ressourcen resultiert, die mit den spezifischen sozioökonomischen Rahmenbedingungen von Bildung, Gender und Migration einhergehen, jedoch der Einfluss dieser Faktoren infolge der wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung in Deutschland, Schweden und den USA stark variiert. Durch die Zuordnung zu den

jeweilig verschiedenen Wohlfahrtsregimen, die in ihrem Ausmaß der De-Kommodifizierung, dem Grad der sozialen Stratifizierung sowie dem Zusammenwirken von Markt, Familie und Staat voneinander zu differenzieren sind, werden entscheidende Hinweise auf die Ursachen für die verschiedenen hohen Kinderarmutsquoten gegeben sowie die für die Reduzierung von Armut bedeutsamen sozialpolitischen Maßnahmen aufgezeigt. Durch die jeweilige wohlfahrtsstaatliche Zuordnung unterscheiden sich Deutschland, Schweden und die USA hinsichtlich ihrer familien- und sozialpolitischen Instrumente, die zur Reduzierung von Kinderarmut entscheidend sind. Die institutionellen Rahmenbedingungen haben einen entscheidenden Einfluss auf die finanzielle Situation von Familien, wobei vor allem die Länder mit hohen universellen Sozialleistungen wenige Einkommensungleichheiten bei geringer Armutsquote aufweisen. Insbesondere die Gegenüberstellung des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates mit dem liberalen Wohlfahrtsstaat zeigt die Bedeutung einer umfassenden Sozialpolitik auf. Während sich Schweden durch hohe demokratische Standards und einer sozialen Gerechtigkeit auszeichnet, die sich in den universellen staatlichen Unterstützungsleistungen für alle Bürger widerspiegeln, könnten die USA in ihrer Sozialpolitik kaum gegensätzlicher sein, indem sich der realtypische Repräsentant des liberalen Wohlfahrtsregimes weitestgehend aus den Marktabläufen heraushält und nur gezielt nach strengen Bedürftigkeitsprüfungen eingreift mit einer wenig ausgleichenden und umverteilenden Wirkung. Somit unterscheiden sich die Wohlfahrtsstaaten in ihren Sozialausgaben gemäß ihrer wohlfahrtstaatlichen Charakterisierung (vgl. OECD 2009: 223). Während Schweden fast 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Sozialleistungen investiert, und damit im Ländervergleich das höchste Niveau erreicht bei gleichzeitig geringen Armutsquoten, befinden sich die USA in beiderlei Hinsicht am entgegengesetzten Pol der Skale, indem sie bei hohen Kinderarmutsraten nur knapp 16 Prozent (15,9%) des BIP in öffentliche Sozialausgaben investieren und im Ländervergleich die höchste Kinderarmutsquote aufweisen. Dagegen sind die kontinentaleuropäischen Länder mit ihren konservativen Tendenzen zwischen den beiden Extremen einzuordnen, sowohl in Hinsicht auf das Ausmaß der Kinderarmut als auch in Bezug auf die Höhe der Sozialausgaben. Während sich die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Kinderarmutsquote ländervergleichend im mittleren Bereich befindet, liegt der Anteil der Sozialausgaben am BIP mit 26,6 Prozent sogar weit über dem OECD-Mittel von 20,5 Prozent. Wie sich zeigt, lässt sich tendenziell auf der Grundlage der Charakterisierung der unterschiedlichen

Wohlfahrtsregime, denen Deutschland, Schweden und die USA angehören, ein Zusammenhang zwischen der jeweiligen Sozialpolitik und der Höhe der Armutsraten in den untersuchten Ländern feststellen. So weisen Länder mit einem staatlichen Umverteilungssystem und umfassenden Sozialleistungen eine geringere Kinderarmutsquote und Länder mit weniger staatlichen Interventionen tendenziell eine höhere Armutsquote auf, dennoch wirkt sich die Höhe der Sozialausgaben in unterschiedlicher Weise auf die Reduzierung der Kinderarmut aus, denn wie Deutschland demonstriert, resultieren aus hohen Leistungen nicht immer niedrige Kinderarmutsquoten. In diesem Zusammenhang wird durch die UNICEF-Studie „Child Poverty in Rich Countries“ (2004) aufgezeigt, welchen Effekt die länderspezifische Sozialpolitik auf die Armutsentwicklung eines Landes hat. Auffallend ist, dass mit Ausnahme der Schweiz, es keinem Land gelingt, ohne staatliche Interventionen die Kinderarmut auf unter zehn Prozent zu reduzieren. „On average, the result is a more than 40 per cent reduction of ‚market poverty rate‘” (UNICEF 2005: 20). Große Differenzen sind in diesem Zusammenhang zwischen den nordischen Ländern und den USA erkennbar. Während die Armutsquoten der Länder, die dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime angehören, durch staatliche Interventionen um jeweils rund 80 Prozent gesenkt werden, sind in den USA kaum Unterschiede zwischen den Armutsquoten vor (26,6%) und nach dem staatlichen Eingreifen (21,9%) feststellbar, denn der prozentuale Anteil der in Armut lebender Kinder sinkt nur knapp um ein Fünftel. Deutschland liegt auch in diesem Kontext wieder im Mittelfeld. Durch Steuern und staatliche Transferleistungen wird die Armutsrate von 18,2 auf 10,2 Prozent reduziert. Dabei ist auffällig, dass sich Schweden in einer ähnlichen Ausgangslage wie Deutschland befindet und die Armutsquote ohne staatliche Interventionen, ebenso wie in der Bundesrepublik, etwa 18 Prozent beträgt. Jedoch schafft es die schwedische Sozialpolitik die Kinderarmut durch staatliche Unterstützung und Umverteilungsmaßnahmen auf 4,2 Prozent zu senken, während in Deutschland nach den staatlichen Interventionen, trotz überdurchschnittlich hoher Sozialleistungen, die dreifache Anzahl an Kindern in Armut lebt (Vgl.: UNICEF 2005: 21). Somit lassen sich nicht nur erhebliche Unterschiede in der Höhe, sondern auch in der Wirkungsweise dieser Leistungen feststellen. Wie aus der UNICEF-Untersuchung hervorgeht, sinkt der Anteil der in Armut lebenden Kinder umso mehr, je größer die Investitionen des BIP in familienbezogene Sozialleistungen sind. „No OECD country devoting 10 per cent or more of GDP to social spending, so defined, has a child poverty rate higher than 10 per

cent. And no country devoting less than 5 per cent of GDP of such benefits has a child poverty rate of less than 15 per cent” (UNICEF 2005: 23). Die einzige Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang Japan dar. Dass sich Schweden, wie auch die restlichen sozialdemokratischen Staaten, durch eine sehr geringe Kinderarmutsquote auszeichnen, hängt somit vor allem mit den umfangreichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen zusammen. Indem sie ländervergleichend den höchsten Anteil, nämlich über zehn Prozent, des BIP in familienbezogene Sozialleistungen investieren, reduzieren sie die Kinderarmutsquote auf unter fünf Prozent. Während in den Ländern des sozialdemokratischen Regimes Einkommenstransfers und universale soziale Dienstleistungen eine entscheidende Rolle spielen, werden in den angelsächsischen Ländern dagegen nur sehr arme Familien finanziell unterstützt. Die Verantwortung für das Wohlergehen der Kinder wird in den Ländern des liberalen Regimes als Privatsache aufgefasst und die Bildung sowie Erziehung von Kindern und Jugendlichen als gesellschaftliche Aufgaben erkannt. Demzufolge liegen die Sozialleistungen in den Vereinigten Staaten auf einem niedrigen Niveau; die Ausgaben ihres BIP für familienbezogene Sozialleistungen betragen weniger als fünf Prozent mit dem Effekt einer sehr hohen Kinderarmutsquote. Dagegen sind in den kontinentaleuropäischen Ländern zwar die finanziellen Leistungen teilweise recht hoch, allerdings ist die Wirkung auf die Reduzierung der Kinderarmut recht unbefriedigend. Insgesamt weist Deutschland ein hohes Niveau der sozialen Sicherung auf, hingegen werden nur sieben Prozent des BIP in die Familienunterstützung investiert. So setzt Deutschland hinsichtlich der Investitionen andere Prioritäten als die sozialdemokratischen Staaten und investiert weniger in den Ausbau von Dienstleistungsangeboten im Bereich der Kinderbetreuung und Pflege, dafür aber einen Großteil in statussichernde Transferzahlungen, die Familien finanziell unterstützen sollen. Zwar wird durch sozialpolitische Maßnahmen, wie Kindergeld und Steuererleichterungen, der Anteil der in Armut aufwachsenden Kinder um fast die Hälfte reduziert, dennoch tragen insbesondere Kinder von Bildungsfernen, Alleinerziehenden und Eltern mit Migrationshintergrund ein weitaus höheres Armutsrisiko als in Schweden, wo die familienpolitischen Erfolge vor allem mit der flächendeckenden Kinderbetreuungsinfrastruktur zusammenhängen. Die relativ hohen öffentlichen Ausgaben für die Unterstützung der Kinderbetreuung werden im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat durch die hohe Qualität und Flexibilität gerechtfertigt, denn eine qualitative Kinderbetreuung wird im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat als eine

entscheidende Investition in die Bildung von Kindern und somit als wichtige Investition in die Zukunft der Gesellschaft angesehen. Gleichzeitig ist die öffentliche Kinderbetreuung der Schlüssel zur Armutsprävention und wesentlicher Bestandteil der effektiven Familienpolitik. Denn indem durch ein umfassendes Angebot der Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird, ist in Schweden die Mehrheit der Frauen erwerbstätig, ohne dass sich die Familiengründung negativ auf ihre Erwerbstätigkeit auswirkt. Dieser Zusammenhang wird für Deutschland dahingehend bestätigt, indem es sich durch ein unterentwickeltes Kinderbetreuungsangebot bei einer geringen Frauenerwerbsquote repräsentiert. In diesem Kontext verweist Esping-Andersen darauf, dass durch eine sehr flexible Betreuungsinfrastruktur junge Mütter zügig wieder in ihren Beruf zurückkehren können, ohne große Verluste hinsichtlich des sogenannten „Lifetime Income“ hinnehmen zu müssen, welches nämlich mit der Dauer der Erwerbsunterbrechung sinkt (vgl. 2009: 94 f). „As a rule of thumb, a mother who interrupts 5 years to care for small children will, on a lifetime basis, earn 40% less than had she not interrupted. This, of course, also implies much lower lifetime-based tax payments to the exchequer” (Esping-Andersen 2009: 95). Das Besondere an der schwedischen Kinderbetreuung ist vor allem, dass die hohen Kosten der Betreuung für alle Familien subventioniert und für Geringverdiener sogar ganz und gar vom Staat übernommen werden, um von vornherein Ungleichheiten zu vermeiden. In Deutschland richten sich die Kosten für die Kinderbetreuung nach dem Einkommen der Eltern und entfallen für Geringverdiener, so dass Familien je nach Einkommenslage vom Staat finanziell entlastet werden. Allerdings ist in Deutschland das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen stark unterentwickelt, wodurch die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit weniger gefördert wird und somit das traditionelle Mutterbild weiterhin weit verbreitet ist. Im Gegensatz dazu wird in den USA stärker auf den Marktmechanismus gesetzt, damit sind die Kosten der Kinderbetreuung marktorientiert, das heißt mit der Qualität der Betreuung steigen die Preise. Zwar werden auch in den USA je nach Bundesstaat Familien über Steuererleichterungen für Kinderbetreuungskosten und anderen Programmen finanziell unterstützt, wenn sich Familien aufgrund ihres geringen Einkommens keine außerfamiliäre Kinderbetreuung leisten können. Was jedoch die Betreuungsqualität betrifft, müssen gering verdienende Mütter und Väter Kompromisse eingehen, denn nicht selten sind sie aufgrund ihrer finanziellen Lage gezwungen, auf Einrichtungen zurückzugreifen, die qualitativ geringwertig sind. Infolge der qualitativen

Unterschiede zwischen den Betreuungseinrichtungen, entstehen in den USA starke Chancenungleichheiten, was die Basis für die Entstehung neuer Armut bildet.

4. Kinderarmut als familienpolitische Herausforderung

Wie aus den vorangegangenen Untersuchungen hervorgeht, spiegeln das Angebot sowie die Unterstützung der Kinderbetreuung die Sozialpolitik der Regimetypen wider. Demgemäß kann das amerikanische Modell kaum als Vorbild für Deutschland dienen. Vielmehr stellt sich im Ländervergleich das schwedische Modell als Erfolgsmodell dar, indem es durch die Bereitstellung staatlich subventionierter Dienstleistungen die Gleichbehandlung der Geschlechter im Erwerbsleben und damit verbunden die hohe Frauenerwerbstätigkeit fördert, welche ausschlaggebend für die geringe Kinderarmut in Schweden ist. Während im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat Schweden somit die Familienpolitik auf dem Leitbild der Zwei-Verdienerhaushalte beruht, ging die Sozialpolitik Deutschlands lange Zeit von dem Ernährermodell der Ehe aus, welches weiterhin durch sozialpolitische Rahmenbedingungen gefördert und subventioniert wird, und gleichzeitig das Armutsrisiko derjenigen erhöht, die in alternativen Familienkonstellationen leben. Zwar zeichnen sich Reformen ab, indem der Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben wird und der Übergang vom Ein- zum Ein-Einhalbverdienermodell zu beobachten ist, dennoch hält sich im konservativen Wohlfahrtsstaat weiterhin das traditionelle Mutterbild mit geringer Frauenerwerbstätigkeit (vgl. Ostner 1998: 246). Das größte Hindernis für die weibliche Erwerbstätigkeit stellt in Deutschland die quantitativ sowie qualitativ unterentwickelte Betreuungsinfrastruktur dar. So beträgt die Betreuungsquote der Unterdreijährigen 2009 bundesweit gerade einmal 20 Prozent, wobei es hinsichtlich der Quantität von Betreuungseinrichtungen in Deutschland nach wie vor große Ost-West-Unterschiede gibt. Während im Jahr 2009 in den westlichen Bundesländern³ knapp 15 Prozent aller Kinder unter drei Jahre außerfamiliär betreut werden, ist der Anteil in den ostdeutschen Bundesländern⁴ in etwa dreimal so hoch wie in dem früheren Bundesgebiet (vgl. Statistische Bundesamt 2009b). Damit wird aufgezeigt, dass in den neuen Bundesländern das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere was die Ganztagsbetreuung betrifft, weitaus höher ist als in den alten Bundesländern, was sich

³ Ohne Berlin

⁴ Ohne Berlin

vorort in dem Anteil erwerbstätiger Mütter widerspiegelt. So wird der Mangel an bedarfsgerechten Angebotsstrukturen für Kinder vor allem in den westlichen Bundesländern deutlich, so dass dort ein Großteil der Frauen, insbesondere Mütter mit kleinen Kindern, zunächst zu Hause bleibt. Da allgemein die Betreuung der Kinder in Deutschland vornehmlich als private Aufgabe angesehen wird, bewegt sich die Erwerbstätigkeit von Müttern auf niedrigem Niveau und beschränkt sich größtenteils auf eine Teilzeitbeschäftigung. Die Folgen des Vereinbarkeitsproblems von Beruf und Familie werden in Deutschland vor allem durch die geringe Geburtenrate sichtbar. Insbesondere hochqualifizierte Frauen geraten häufig in einen Zwiespalt; ihnen fällt es schwerer für die Familiengründung die Karriere zu „opfern“ als weniger gebildeten Frauen mit dem Ergebnis, dass ein Großteil der Akademikerinnen kinderlos bleibt. Um in Deutschland das Vereinbarkeitsproblem zu lösen, muss vor allem Distanz zu familienpolitischen Konzepten, die auf den klassischen Geschlechterrollen basieren, eingenommen werden. Im Gegenzug müssen Erwerbschancen von Müttern verbessert sowie Fürsorgeleistungen verteilt und somit Bedingungen geschaffen werden, welche es Paaren ermöglichen, Familie und Beruf miteinander zu vereinen. Denn das geringste Risiko der Einkommensarmut ist in Ländern vorzufinden, in denen beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen. Es handelt sich dabei um Länder wie Schweden, die gleichzeitig demonstrieren, dass eine hohe Frauenerwerbstätigkeit nicht mit Mutterschaft im Widerspruch stehen muss, sondern sogar das Gegenteil beweisen und einander positiv beeinflussen. So zeigt ein internationaler Vergleich auf, dass vor allem in den Ländern, wo viele Frauen erwerbstätig sind, die Geburtenrate hoch ist. Während im Jahr 2006 in Deutschland die Beschäftigungsquote von Frauen in etwa 60 Prozent beträgt und sich die Geburtenrate auf 1,3 Kinder beläuft, sind in Schweden circa 70 Prozent der Frauen erwerbstätig bei einer Geburtenrate von 1,8 Kindern (vgl. Prognos AG 2008: 13). Kinder müssen demzufolge nicht die Erwerbstätigkeit der Mütter behindern, vielmehr ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familien das Ergebnis einer erfolgreichen Familienpolitik. Mit dem Blick auf Schweden zeigt sich, dass eine öffentlich unterstützte und somit für Eltern finanzierbare Kinderbetreuung anstelle von Geldleistungen, welche Kinder und Mütter zu Hause halten, deutlich effektiver ist. Um die finanzielle Lage von Familien zu verbessern und jedem Erwachsenen unabhängig von seinem Familienstatus die Möglichkeit zu geben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, muss der konservative Wohlfahrtsstaat sein Leitbild ändern, denn mit den sich wandelnden Familienformen ändern sich auch die Ansprüche sowie Vorstellungen

der Lebensweisen, die sich häufig entgegengesetzt des traditionellen Zusammenlebens mit der entsprechenden Rollenverteilung darstellen. Fast 90 Prozent der Mütter von Kleinkindern und 75 Prozent der Mütter von Kindergartenkindern begründen ihre Nichterwerbstätigkeit mit mangelnden Betreuungsmöglichkeiten (vgl. ebd.: 5). Zwar wurden diesbezüglich bereits Veränderungen vorgenommen, indem sich das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für Unterdreijährige in den letzten Jahren erhöht hat, dennoch ist insbesondere Westdeutschland beim Ausbau von Krippenplätzen noch weit vom Ziel entfernt ist. So sollen in Deutschland bis 2013 rund 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren angeboten werden. Entsprechend würde sich die Betreuungsquote auf 35 Prozent belaufen (vgl. ebd.). Mit einer höheren Betreuungsquote würde der Gesetzgeber nicht nur Elternwünsche erfüllen, sondern zudem positive Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft erzielen. Wie das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belegt, wären mit der Ausweitung des Betreuungsangebotes Einnahme- und Einspareffekte verbunden. Das heißt, durch ein größeres Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung könnten mehr Mütter einer Beschäftigung nachgehen und weniger alleinerziehende Mütter müssten staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Zudem würde der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur neue Arbeitsplätze schaffen und zusätzliche Steuereinnahmen und Beiträge für Sozialversicherungen erzielen. Insgesamt würde nach diesen Berechnungen der Kinderbetreuungsbaus mehr Einnahmen erbringen als Kosten verursachen (vgl. Spieß et al. 2002). Zudem zeigen Untersuchungen, dass sich die Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen nicht nur als ein familienpolitisches, sondern gleichzeitig als ein bildungspolitisches Instrument erweist, indem eine Betreuungsinfrastruktur eine hervorragende Investition in die Bildung darstellt. So ermöglicht eine außerfamiliäre Betreuung von Kindern nicht nur die Integration der Mütter in die Arbeitswelt, sondern stellt sich, wie das schwedische Modell beweist, für Kinder als bildungsfördernd dar. Die positiven Konsequenzen des frühzeitigen Besuchs von öffentlichen Betreuungseinrichtungen werden mitunter durch die PISA-Untersuchungen aufgezeigt, in denen die Schweden mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen hervorstechen. Gerade für Deutschland hatte die Studie große Chancenungleichheiten für Kinder aufgezeigt, indem es vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien an Förderung mangelt. Indem im Zuge der technischen Entwicklungen der Bedarf an qualifizierten Personen steigt und die Anzahl an Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen sinkt, sind Anstrengungen

erforderlich, um vor allem auch bildungsferne Kinder und Jugendliche auf die anspruchsvollen Tätigkeiten vorzubereiten und den zukünftigen Bedarf am Arbeitsmarkt zu decken. Denn angesichts des demografischen Wandels und des rückläufigen Arbeitskräfteangebots in Deutschland ist die Bildung eines jeden Kindes von hoher Bedeutung, um die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik zu sichern. Da die Weichen für die individuelle Entwicklung bereits im Kindesalter gestellt werden, ist es in Deutschland dringend erforderlich, ein flächendeckendes Kinderbetreuungssystem anzubieten, um eine pädagogische frühkindliche Bildung allen Kindern und somit auch den in Betreuungseinrichtungen stark unterrepräsentierten Kindern mit Migrationshintergrund sowie Kindern aus einkommensschwachen Haushalten zukommen zu lassen. So spielt der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle, indem nicht nur Chancengleichheit unter den Kindern hergestellt, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit verbunden die Arbeitsmarktintegration von Müttern sowie ein Geburtenanstieg gefördert werden würden. Eine Politik, die beabsichtigt die Geburtenrate zu erhöhen, indem sie Frauen dazu veranlasst, sich aus der Erwerbstätigkeit zurückzuziehen, erweist sich nach Einschätzung Esping-Andersens als kontraproduktiv. Vor allem ist es notwendig, die neue Rolle der Frau zu berücksichtigen. So verweist Esping-Andersen weiter darauf hin, dass Frauen die Entscheidung für Kinder heute weniger vom Einkommen des Partners abhängig machen, sondern vielmehr von der ökonomischen Situation der Frau selbst. Somit sind viele Frauen bestrebt zunächst auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, bevor sie sich entscheiden Kinder zu bekommen. Entscheidend seien vor allem die Opportunitätskosten der Mutterschaft, die laut Esping-Andersen ein weitaus höheres Gewicht einnehmen als die vermeintlichen Möglichkeiten Mutterschaft und Karriere unter einem Hut zu bekommen (vgl. 2009: 83). „The opportunity cost or, as it is often termed, the child penalty can be defined as the lifetime income that a woman potentially could have obtained had she not chosen motherhood“ (Esping-Andersen 2009: 83f.). Indem sich das Ausmaß der sogenannten „Child Penalty“ nach der Anzahl der Kinder und der Zeit, die Mütter außerhalb des Arbeitsmarktes verbringen, richtet, hat die Erwerbsunterbrechung vor allem dann negative Konsequenzen, wenn Mütter für eine längere Zeit dem Arbeitsmarkt fern bleiben, da sich die Erwerbsunterbrechung aufgrund des Wertverfalls des Humankapitals und der für den Zeitraum fehlenden Berufserfahrung negativ auf das Gehalt auswirkt (vgl. ebd.: 84). Demnach sind die Einkommenseinbußen bei qualifizierten Frauen höher als bei Frauen mit geringer

Bildung, wodurch sich das niedrige Geburtenverhalten karriereorientierter Frauen in den Ländern erklären lässt, in welchen es am Angebot an Betreuungseinrichtungen mangelt. In ähnlicher Weise lässt sich in denselbigen Ländern auch das höhere Geburtenverhalten gering gebildeter Frauen erklären, da sich die Kostenfolgen für sie geringer halten. Im Gegensatz zur USA und Schweden, ergibt sich für die Bundesrepublik ein besonders hohes Ausmaß der „Child Penalty“, was vor allem auf die lange Erwerbsunterbrechung von Müttern zurückzuführen ist. Erste Schritte zur Reduzierung der Opportunitätskosten wurden mit dem 2007 eingeführten Elterngeld gemacht, welches nicht als sozial- bzw. familienpolitische Transferleistung, sondern als Lohnersatzleistung für das betreuende Elternteil gezahlt wird, um den durch die Geburt eines Kinder entstehenden Einkommensausfall für die ersten zwölf Monate zu reduzieren (es kommen zwei weitere Monate hinzu, wenn der Partner die Betreuung in den Folgemonaten übernimmt). Um die Opportunitätskosten der Mutterschaft zu berücksichtigen, beträgt das Elterngeld 67 Prozent des in den letzten zwölf Monaten verdienten Nettoeinkommens. Während die Maximalzahlung sich auf 1.800 Euro beläuft, beträgt die Minimalzahlung für Erziehende ohne Erwerbseinkommen 300 Euro. Die Lohnersatzzahlung umfasst für Geringverdiener (unter 1.000 Euro) bis zu 100 Prozent des vorherigen Gehalts. Besonders Familien mit einem mittleren Einkommen (zwischen 30.000 und 60.000 Euro Jahreseinkommen) werden durch das Elterngeld besser unterstützt als durch das vorher bezogene Erziehungsgeld. Indem die Bezugsdauer auf ein Jahr reduziert wurde, wird vom Staat der schnelle Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit bezweckt. Mit dem Elterngeld wurde in Deutschland ein erster Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen, um erwerbstätigen Eltern die Realisierung des Kinderwunsches zu erleichtern und somit in Deutschland die Geburtenquote zu erhöhen (vgl. Gerlach 2010: 272 f.). Als effektiver Ansatz erweist sich die Einführung des Elterngeldes aufgrund der aufgezeigten kleinen Erfolge bezüglich der Auflösung traditioneller Geschlechterrollen, indem eine recht hohe Väterbeteiligung an der Elternzeit aufgezeigt wird. Denn nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes haben zwischen 2008 und 2009 in 29 Prozent der Fälle sowohl Mutter als Vater das Elterngeld in Anspruch genommen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009c). Die Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung erweist sich deshalb als bedeutend, da Untersuchungen bestätigen, dass die Beteiligung der Partner an der Hausarbeit sowie an der Erziehung der Kinder das Geburtenverhalten von Frauen mit beeinflusst, da sie dazu beiträgt, die Opportunitätskosten der Frau zu reduzieren

(vgl. Esping-Andersen 2009: 89). Somit wurde durch die Einführung des Elterngeldes die Bereitschaft der Väter erhöht, sich an der Familienarbeit zu beteiligen, jedoch wurde dadurch nicht das eigentliche Ziel, nämlich die Erhöhung der Geburtenquote, erreicht. Zudem stellt die Maßnahme für sich allein auch keine Lösung der Vereinbarkeitsproblematik in Deutschland dar. „So hätten spätestens am 1.3.2008, wenn nämlich die erste „Elterngeldkohorte“ nach neuem Recht die 14-monatige Betreuungszeit beendet hat, ausreichend Betreuungsplätze für Unterdreijährige vorhanden sein müssen“ (Gerlach 2010: 273). Der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur stellt sich in Deutschland somit als notwendige Aufgabe für die Politik dar, wenn es darum geht, sowohl die Frauenerwerbstätigkeit als auch die Geburtenzahlen, insbesondere von höher gebildeten Frauen, zu erhöhen. Denn wie der Ländervergleich zeigt, ist das effektivste Mittel gegen Kinderarmut die Erwerbstätigkeit der Eltern, was die Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit voraussetzt und somit nur über ein flexibles Betreuungsangebot realisiert werden kann. Allerdings setzt die hohe Erwerbstätigkeit in Verbindung mit der Reduzierung der Armutsbetroffenheit von Risikogruppen eine staatliche Unterstützung voraus, was vor allem durch den Vergleich mit den USA bestätigt wird. Um allen Kindern unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern die gleichen Chancen auf Bildung und sozialer Teilnahme zu ermöglichen und somit der Entstehung von Armut sowie sozialer Ungleichheit entgegen zu wirken, muss die Kinderbetreuung in einer Gesellschaft jedem Kind unabhängig von der Familienkonstellation, der ethnischen Herkunft sowie der Schichtzugehörigkeit zugänglich sein, so dass allen Kindern die gleichen Voraussetzungen für das Aufwachsen im Wohlergehen ermöglicht werden. Indem Armut Kinder daran hindert, ihre Potentiale optimal zu entwickeln, entstehen nicht nur für das Individuum, sondern auch für die Gesellschaft Langzeitfolgen. Um den zunehmenden Herausforderungen wie der wachsenden Individualisierung und den sich ändernden Familienstrukturen, dem demographischen Wandel sowie den Auswirkungen der Globalisierung, die vielfältige Konsequenzen des Phänomens Kinderarmut nach sich ziehen, zu begegnen, muss die Bekämpfung von Kinderarmut so früh wie möglich einsetzen, um die aufgezeigten Spätfolgen zu vermeiden.

5. Fazit und Ausblick

Zusammenfassend zeigen die Untersuchungen, dass in Deutschland durch die derzeitigen Transferzahlungen für Kinder und Familien zwar die Anzahl der vom Armut betroffenen Kinder reduziert wird, diese aber insgesamt vergleichsweise wenig Wirkung zeigen und somit, wie der Ländervergleich zeigt, die familienpolitischen Leistungen in die falsche Richtung zielen. Daher kommt dem Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten in Deutschland eine entscheidende Bedeutung zu, die von der Politik bereits erkannt wurde, indem sie sich das Ziel setzt, bis 2013 das Angebot an Krippenplätzen bundesweit auszubauen und damit den ersten Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familien und Beruf macht. Denn nur über eine externe Betreuung können Einkommensverluste reduziert und der Wiedereinstieg von Müttern in den Beruf erleichtert werden. Durch die verstärkte Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit könnte somit das Risiko der Einkommensarmut von Familien, insbesondere von Alleinerziehenden, entscheidend reduziert und gleichzeitig der Entstehung zukünftiger Armut infolge von Bildungsbenachteiligung entgegengewirkt werden. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Pläne würde sich zudem in der Geburtenrate Deutschlands widerspiegeln. Der Lösungsansatz liegt somit in der Familienpolitik. In diesem Zusammenhang wird mit den geplanten Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung ein Meilenstein auf dem Weg zu einem kinderfreundlicheren Deutschland gelegt.

Literaturverzeichnis

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2010): *8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland*.

Berlin. URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib.property=publicationFile.pdf [Stand: 07.08.2010].

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008): *Lebenslagen in Deutschland. Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. URL: http://www.bmas.de/portal/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf [Stand: 08.03.2010].

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2010): *SGB II. Sozialgesetzbuch. Zweites Buch.*

Grundsicherung für Arbeitssuchende. Nürnberg. URL:

<http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/SGB-II/SGBII-Jahresbericht-2009.pdf> [Stand: 07.09.2010].

Caritas Europa (2006): *Migration, A Journey Into Poverty? A Caritas Europa Study on Poverty and Exclusion of Immigrants in Europe*. 3rd Report on Poverty in Europe.

Brüssel. URL: <http://www.caritas-europa.org/module/Filelib/Poverty2006ENWeb.pdf> [Stand: 06.08.2010].

DeNavas-Walt, Carmen, Bernadette D. Proctor und Jessica C. Smith (2009): *Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States: 2008*. U.S. Census Bureau. URL: <http://www.census.gov/prod/2009pubs/p60-236.pdf> [Stand: 11.04.2010].

Esping-Anderson, Gøsta (1998): *Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates*. In: Stephan Lessenich und Ilona Ostner (Hrsg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main: Campus, S.19-56.

- Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (2002): *Why we need a new Welfare State*. Oxford: University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (2009): *The incomplete Revolution - Adapting to Women's new roles*. Cambridge: Polity Press.
- Eurostat (2010): *Combating Poverty and social exclusion. A statistical portrait of the European Union 2010*. Luxemburg: Publications Office of the European Union.
- Färber, Christine, Nurcan Arslan, Manfred Köhnen und Parlar, Renée (2008): *Migration, Geschlecht und Arbeit. Probleme und Potenziale von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt*. Opladen & Farmington Hills: Budrich UniPress Ltd.
- Gerlach, Irene (2010): *Familienpolitik*. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grabka, Markus M. und Joachim R. Frick (2010): *Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland. Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen*. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Wochenbericht des DIW. Nr.7/ 2010, Jg. 77, S. 2-11.
- Kreyenfeld, Michaela (2004): *Sozialstruktur und Kinderbetreuung*. MPIDR Working Paper 2004-009. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung. URL: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2004-009.pdf> [Stand: 08.06.2010].
- Lelkes, Orsolya (2007): *Poverty among Migrants in Europe*. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. URL: http://www.euro.centre.org/data/1178099907_77304.pdf [Stand: 01.08.2010].
- Matthies, Aila-Leena (2005): *Was wirkt gegen Kinderarmut? Finnland - Ein Beispiel des nordischen familienpolitischen Modells*. In: Zander, Margherita (Hrsg.):

Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 52-69.

National Center for Children in Poverty (NCCP) (2009): *Low-Income Children in the United States. National State Trend Data, 1998-2008*. Mailman School of Public Health, Columbia University. URL: http://www.nccp.org/publications/pdf/text_907.pdf [Stand 24.06.2010].

Niessen, Jan, Thomas Huddleston und Laura Citron (2007): *Index Integration und Migration. Die rechtliche Situation von Migrantinnen und Migranten in Europa (MIPEX)*. British Council and Migration Policy Group. Brüssel.

UNICEF - United Nations Children's Fund (2005): *Child Poverty in Rich Countries 2005*. Report Card No. 6. Florence: UNICEF Innocenti Research Centre. URL: <http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/repcard6e.pdf> [Stand: 13.04.2010].

OECD - Organization for Economic Cooperation & Development (2008): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Paris: OECD Publishing.

OECD - Organization for Economic Cooperation & Development (2009): *OECD Factbook 2009: Economic Environmental and Social Statistics*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

OECD - Organization for Economic Cooperation & Development (2010a): *Education at Glance*. Paris: OECD Publishing.

OECD - Organization for Economic Cooperation & Development (2010b): *LMF2.3: The distribution of working hours among adults in sole-parent families by age of youngest child and number of children*. Family Database. URL: www.oecd.org/els/social/family/database [Stand: 16.06.2010].

OECD - Organization for Economic Cooperation & Development (2010c): *LMF2.2: The distribution of working hours among adults in couple families by age of youngest*

child and number of children. Family Database. URL:
www.oecd.org/els/social/family/database [Stand: 16.06.2010].

OECD - Organization for Economic Cooperation & Development (2010d): *SFI.1 Family size and composition*. Family Database. URL:
www.oecd.org/els/social/family/database [Stand: 29.08.2010].

Ostner, Ilona (1998): *Quadraturen im Wohlfahrtsdreieck. Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich*. In: Stephan Lessenich und Ilona Ostner (Hrsg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 225- 252.

Pfau-Effinger, Birgit (2001): *Kontextualisierung der international vergleichenden Analyse von Arbeitsmarktwandel*. In: Peter A. Berger und Dirk Konietzka (Hrsg.): *Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten*. Opladen: Budrich und Leske, 277-312.

Pinl, Claudia (2003): *Uralt, aber immer noch rüstig: der deutsche Ernährer*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B 44/ 2003, S. 6-11.

Prenzel, Manfred (2007): *PISA 2006. Wichtige Ergebnisse im Überblick*. In: Prenzel, Manfred, Cordula Artelt, Jürgen Baumert, Werner Blum, Marcus Hammann, Eckhard Klieme und Reinhard Pekrun (PISA-Konsortium Deutschland) (Hrsg.): *PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie*. Münster: Waxmann, S. 13-29.

Prognos AG (2008): *Dossier Ausbau der Kinderbetreuung – Kosten, Nutzen, Finanzierung*, erstellt im Auftrag der Bundesregierung für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2., aktualisierte Auflage. Berlin. URL:
<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dossier-Ausbau-der-Kinderbetreuung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>
[28.08.2010].

Rector, Robert (2006): *Importing Poverty: Immigration and Poverty in the United States: A book of charts (Heritage Special Report)*. Washington D.C.: The Heritage Foundation. URL: http://thf_media.s3.amazonaws.com/2006/pdf/sr9.pdf [30.06.2010].

Reinberg, Alexander und Markus Hummel (2007): *Schwierige Fortschreibung: Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos*. IAB Kurzbericht, 18/ 2007 Nürnberg: IAB. URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb1807.pdf> [13.05.2010].

Spieß, Katharina, Dr. Jürgen Schupp, Markus Grabka, M.A, Dr. John P. Haisken-De New, Heiko Jakobkeit und Prof. Dr. Gert G. Wagner (2002): *Abschätzung der Brutto-Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen*. Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Schriftreihe Band 223, Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009a): *Statistische Jahrbuch 2009 für die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009b): *Jedes fünfte Kind unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung*. Pressemitteilung Nr.427, 11.11.2009. URL: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/1/PD09_427_225,templateId=renderPrint.psml [28.08.2010].

Statistisches Bundesamt (2009c): *Elterngeld - 29% von Vater und Mutter in Anspruch genommen*. Pressemitteilung Nr.212, 08.06.2009. URL: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/06/PD09_212_22922,templateId=renderPrint.psml [01.09.2010].

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2010): *Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2008*. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden.

Woods, Dorian R. (2004): *Das „Adult Worker Model“ in den USA und Großbritannien*. In: Siegfried Leitner, Ilona Ostner und Margit Schratzenstaller (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaat*

und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 208-233.

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

- | | | | |
|-------------|---|------------------------------------|---|
| Nr. 1/1995 | - | Dieter Holtmann | Modelle der Sozialstruktur |
| Nr. 2/1996 | - | Dieter Holtmann | Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur und in der politischen Landschaft |
| Nr. 3/1997 | - | Ulf Rostalsky | Entwicklungstendenzen von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern |
| Nr. 4/1998 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbststufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen |
| Nr. 5/1998 | - | Steffen Weber | Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA |
| Nr. 6/1999 | - | Christian Dössel | Lebenszufriedenheit unter dem Einfluss ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP |
| Nr. 7/1999 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbststufung und Einstellungen in Abhängigkeit von geschlechtsspezifischen beruflichen Lagen |
| Nr. 8/1999 | - | Tilo Görll | Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern |
| Nr. 9/2000 | - | Mona Youssef | Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit |
| Nr. 10/2000 | - | Dieter Holtmann | Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action |
| Nr. 11/2000 | - | Claudia Vogel | Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien |
| Nr. 12/2001 | - | Elisabeth Holtmann | Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ |
| Nr. 13/2001 | - | Claudia Buchheister,
Tilo Görll | Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit - Empirische Analysen - |
| Nr. 14/2001 | - | Elke Goltz,
Roger Sitter | Regionale Unterschiede in der Gewaltkriminalität im Land Brandenburg – Empirische Analyse anhand ausgewählter Strukturdaten |

- Nr. 15/2002 - Elisabeth Holtmann, Dieter Holtmann, Tilo Görl, Elke Goltz, Claudia Buchheister Zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch die Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung im Land Brandenburg
- Nr. 16/2002 - Claudia Buchheister Intergenerationale Bildungs- und Erwerbsmobilität in Ost- und Westdeutschland - Eine empirische Analyse –
- Nr. 17/2003 - Andrea Ziegel Kurz- und langfristige Bestimmungsgründe für Parteiloyalitäten in Ostdeutschland
- Nr. 18/2003 - Andrea Schäfer Inklusion oder Exklusion? Erwerbsobergänge in und aus Teilzeitarbeit in Deutschland.
- Nr. 19/2003 - Lena Jacobi Die Dunkelziffer der Armut – Eine Analyse der Nichtanspruchnahme von Sozialhilfe in Deutschland.
- Nr. 20/2004 - Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl u.a. Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen.
- Nr. 21/2004 - Silke Hans Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare
- Nr. 22/2004 - Judith Weigand Geschlechtsspezifische Erwerbsverläufe im internationalen Vergleich
Der Einfluss der Geburt des ersten Kindes auf weibliche Erwerbsverläufe in Deutschland und Großbritannien
- Nr. 23/2005 - Berit Postel Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen
- Nr. 24/2005 - Tilo Görl Klassengebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf
- Nr. 25/2006 - Florian Alber Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder
- Nr. 26/2006 - Dieter Holtmann Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen
- Nr. 27/2006 - Michael Mutz Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen
- Nr. 28/2007 - Daniel Porep Sektorale Beschäftigungsentwicklung im Land Brandenburg – Eine empirische Untersuchung der Beschäftigungsentwicklung und deren Ursachen
- Nr. 29/2008 - Silke Grau Geschlechtsspezifische Arbeitszeitmuster im internationalen Vergleich
- Nr. 30/2009 - Frank Schneider Wohlfahrtsstaatlichkeit in Lateinamerika

Nr. 31/2010 - Adina Eggert

Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland -
Ursachen, Folgen und der Einfluss des Wohlfahrtsstaates

Die Beiträge dieser Reihe sind zu beziehen über:

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung (<http://www.uni-potsdam.de/u/soziologie/methoden/index.htm>)

Prof. Dr. Dieter Holtmann

Tel. (0331)977-3570

Fax (0331)977-3811

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

August - Bebel - Str. 89

14482 Potsdam

ISSN 1612-6602